

**THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:**

- Haushalt 2023: Die Lösungen sind nicht so groß wie das Problem
- Armutsspiralen durchbrechen – Kindern die Chance auf ein gutes Aufwachsen geben
- Bildungskosten: Wer keine Erkenntnisse hat, kann auch keine Lösungen entwickeln
- Wir brauchen ein Update für unseren Umgang mit Künstlicher Intelligenz
- Eine Erhöhung der Arbeitszeiten wird es mit der SPD nicht geben

Haushalt

# Haushalt 2023: Die Lösungen sind nicht so groß wie das Problem!

In der vergangenen Landtagssitzung lag der Schwerpunkt der Beratungen beim Haushalt 2023. Als SPD haben wir Anträge (Drs. 20/838, 20/841, 20/851, 20/861) eingebracht, in denen wir eine klare Alternative zu den Plänen von Schwarz-Grün darstellen. Dazu erklärt der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller:

„Wir müssen wieder zu mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zurückkehren. Das haben auch die letzten Wochen Beratung zum Haushalt gezeigt: In der Haushaltsdebatte im Januar habe ich bereits bemerkt, dass mich die schwarz-grüne Politik an einen Bauunternehmer erinnert. Dieser Bauunternehmer hat zehn Kunden jeweils ein Haus versprochen. Er hat aber nur zehn Steine. Schwarz-Grün stellt dann auf jedes Grundstück einen Stein und sagt: „Guck mal, ich baue dir dein Haus! Ist das nicht toll?“ Obwohl klar ist, dass das Haus so nie fertig wird. Schwarz-Grün glaubt noch nicht mal dran, dass es wirklich geht. Und wenn dann die Menschen merken, dass ein Haus mehr als einen Stein braucht, lehnt sich Schwarz-Grün schnell noch einen zweiten und stellt ihn dazu und sagt: „Guck mal: Es geht voran!“

Die Opposition fordert, die Investitionslücke von mehr als 600 Millionen Euro bei den Krankenhäusern zu schließen. Erst legt Schwarz-Grün dann 2 Millionen Euro für 2023 dazu. Und jetzt kündigen sie an, dass mögliche Überschüsse auch für Krankenhäuser verwendet werden sollen. Aber trotzdem bleibt eine Lücke.

Die Opposition fordert, die WTSW bei Ansiedlungen zu stärken, damit Ansiedlungen wie Northvolt professionell gemanagt werden. Jetzt erhöht Schwarz-Grün die Förderung ein bisschen mit der Nachschiebeliste, und weil dass dann kommunikativ nicht reichte, legen sie nochmal was drauf. Aber ein professionelles Management gibt es nicht.



Dieses Politikmodell ist Schwarz-Grün nicht mal peinlich. Ich habe mich schon gewundert, wie sich grüne Abgeordnete per Social-Media-Kachel dafür feiern, dass sie 22.000 Euro für eine Bildungsreise, 82.000 Euro für E-Sport oder 110.000 Euro für ein Filmfestival organisiert haben – inklusive durchgestylter Kampagne mit Fotos und gemeinsamem Preisschild-Look. Der Anspruch der Grünen muss doch größer sein! Am Ende ist es einfach so: Die Lösungen dieser Regierungskoalition sind nicht so groß wie die Probleme.

## *„Wir brauchen einen leistungsfähigen Staat, der sich den Herausforderungen stellt!“*

Wir können inzwischen ziemlich genau sagen, an welchen Stellen die Finanzministerin Einnahmen runterrechnet oder Ausgabentitel unrealistisch hoch setzen. Ob die Haushälter der Koalition das immer weiter mit sich machen lassen, müssen sie selbst wissen. Aber die Methode „Eichhörnchen“ ist zu einem ernsthaften Problem für die politische Kultur im Parlament geworden. Frau Heinold versteckt Millionen wie Nüsse an allen möglichen und unmöglichen Orten. Je nach Situation rechnet sie sich arm, um im entscheidenden Moment doch noch das Geld auszupacken. So niedlich das wirkt und so gerne sie sich dafür auch selber immer wieder lobt: Sie nutzt diese Verwirrung als ein knallhartes Machtinstrument. Ich habe noch sehr genau im Ohr, wie Frau Heinold im Frühjahr 2022 im TV-Triell beim NDR behauptet hat, im Haushalt wäre kein Spielraum. Am Ende des gleichen Jahres hatte sie dann eine Milliarde Euro Überschuss! So wird diese Landesregierung ihrem Auftrag zu Haushaltssklarheit und Haushaltswahrheit nicht gerecht! Es ist keine gute Haushaltspolitik, immer nur schön auf Sicht zu fahren und mit frischem Geld zu reagieren, wenn irgendein Thema doch zu sehr brennt.

Frau Heinold ist mittlerweile seit über zehn Jahren Finanzministerin. Sie hat diese Dekade schleswig-holsteinischer Politik geprägt wie niemand anderes. Es liegt jetzt an ihr, diesem Land eine Finanzpolitik zu geben, die angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht auf politische PR und Taktik reduziert wird! Entweder passt sie die Ziele an die Möglichkeiten des Haushalts an oder sie legt ein Haushaltskonzept vor, mit dem die Ziele erreicht werden können!

Es gibt viele Menschen, die das Vertrauen in Politik verlieren, weil der Staat immer weniger in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen. Dass der Staat das nicht schafft, dokumentiert auch der Landshaushalt. Der Überschuss von rund einer Milliarde Euro im Haushaltabschluss 2022 kam auch zustande, weil 150 Millionen geplanter Personalausgaben nicht genutzt und 210 Millionen an Investitionen nicht verbaut wurden. Mit anderen Worten: Die Landesregierung ist nicht in der Lage, das Geld, das wir als Parlament zur Verfügung stellen, auch im Sinne unserer Beschlüsse einzusetzen. Mit Sparsamkeit, wie die Finanzministerin immer behauptet, hat das rein gar nichts zu tun.

Diese Mischung aus schwarz-grünem Wohlfühlpopulismus à la „Macht euch keine Sorgen, wir haben das alles im Griff“ und dem von der Regierung verantworteten Aushöhlen des Staates ist eine gefährliche Mischung. Sie haben mitnichten alles im Griff. Wir brauchen einen leistungsfähigen Staat, der sich den Herausforderungen stellt. Aber Sie sind nicht bereit, Ihren Mut zusammenzunehmen und die Probleme an der Wurzel zu packen.“

# Armutsspiralen durchbrechen – Kindern die Chance auf ein gutes Aufwachsen geben!

In einem gemeinsamen Antrag von SPD und SSW haben wir die Landesregierung (Drs. 20/781 (neu)) dazu aufgefordert, sich aktiv gegen Kinderarmut einzusetzen und Kindern das Recht auf ein gute Leben zu ermöglichen. Dazu erklärt die kinderpolitische Sprecherin und stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, Sophia Schieber:

„Jedes 5. Kind in Schleswig-Holstein ist von Armut betroffen. Auf diesem hohen Niveau stagniert die Kinderarmut nun seit fast zwei Jahrzehnten. Durch die aktuelle Energiepreiskrise können wir davon ausgehen, dass sich die Situation absehbar verschärfen wird. Wer Kinder hat, hat ein erhöhtes Armutsrisiko. Je mehr Kinder, desto höher fällt dieses Risiko aus. Es trifft Alleinerziehende, aber auch Mehrkindfamilien mit zwei Eltern. Um diese Armutsspirale zu durchbrechen und Kindern Chancen auf ein gutes Aufwachsen zu geben, muss eine armutsfeste Kindergrundsicherung eingeführt werden. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist bereits eine Kindergrundsicherung vorgesehen und es wird ja auch aktuell viel darüber diskutiert. Die Kindergrundsicherung muss in ihrer Gestaltung armutsfest sein und unbürokratisch an die Kinder ausgezahlt werden. Mit dem Antrag vom SSW und von uns wollen wir daher ein Signal Richtung Berlin senden und unsere Unterstützung für diese so wichtige Forderung nochmals unterstreichen.“



*„Durch die aktuelle Energiepreiskrise können wir davon ausgehen, dass sich die Situation verschärfen wird!“*

Armut hat negative Auswirkungen auf unterschiedliche Bereiche des Lebens, die Entwicklung und die Zukunftschancen von Kindern. Armut hat Folgen für ihre Gesundheit, ihren Bildungsweg sowie ihre Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und Entfaltung ihres persönlichen Potentials. Daher braucht es unserer Meinung nach, endlich einen ganzheitlichen und kindzentrierten Blick auf Armutsprävention und -bekämpfung. Ziel sollte es sein, allen Kindern ein gutes und gesundes Aufwachsen sowie gleiche Lebenschancen unabhängig von ihrem Wohnort und ihrer Herkunft zu ermöglichen. Wie wäre es mit guten und beitragsfreien Kitas, ein Ganztagsangebot für alle Schulkinder in Schleswig-Holstein, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum?

Wir werden all diese Schritte finanziell nicht auf einmal bewerkstelligen können, das ist auch uns klar. Aber es muss in die richtige Richtung gehen!“

# Bildungskosten: Wer keine Erkenntnisse hat, kann auch keine Lösungen entwickeln!

Was kostet es Eltern, ihr Kind in Schleswig-Holstein in die Schule zu geben? Eigentlich wollten SPD und SSW der Landesregierung bis zum Sommer 2024 Zeit geben, in einer Studie die Zahlen der Vorgängerstudie von 2016 zu aktualisieren. Nachdem CDU und Grüne diesen Antrag ablehnten, legten SPD und SSW eine Große Anfrage vor. Die (fehlenden) Antworten darauf und die heute von GEW, Kinderschutzbund, Eltern- und Schülervertretungen vorgelegten Zahlen und Forderungen kommentiert der bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Haber-saat:

„Der am häufigsten vorkommende Satz in der Antwort auf diese Anfrage lautet: „Zu den Kosten der Eltern liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor“. Das ist kein Wunder, weil Eltern und Schüler\*innen schlicht nicht befragt wurden. Das passt zur bisherigen Performance von CDU und Grünen: Die Suche nach politischen Lösungen für reale Herausforderungen findet nicht statt. Entweder Probleme werden ignoriert oder es werden Scheinlösungen präsentiert, die nicht einmal annähernd so groß sind wie das Problem. Und es gibt zahlreiche Probleme.

*„Die Suche nach politischen Lösungen für reale Herausforderungen findet nicht statt!“*

Erstens: Die Belastung der Eltern.

2016 waren es Kosten von 1.000 Euro im Jahr für die Eltern. Allein die Preissteigerungen seitdem führen zu einer Belastung von ca. 1.200 Euro, Eltern und Schüler kamen in ihrer Umfrage 2023 sogar auf 1.300 Euro. Hinzu kommen Kosten für ein digitales Endgerät von etwa 400 Euro sowie die Kosten für einen geeigneten Internetzugang mit ausreichender Bandbreite. Und Verbesserungen sind nicht in Sicht, werden von dieser Landesregierung nicht einmal angestrebt. Damit bleiben die Bildungschancen der Kinder abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wir können nur hoffen, dass CDU und Grüne zur Besinnung kommen und endlich mit uns ein Maßnahmenpaket zur Entlastung der Familien angehen. GEW, Kinderschutzbund, Eltern- und Schülervertretungen haben heute gute Vorschläge gemacht. Auch wir fordern Höchstgrenzen für Klassenfahrten, digitale Lernausstattung durch den Staat und Absprachen mit den Schulträgern wären drei sinnvolle Maßnahmen.



Zweitens: Die Planlosigkeit bei der Digitalisierung.

Anstatt den Schulen ein digitales Grundkonzept an die Hand zu geben und mit der Umsetzung des Digitalpakts schon fertig zu sein, hat Frau Prien sich entschieden, das Rad überall neu erfinden zu lassen. Das ist erstens teuer. Wie viel teurer als die Alternativlösung, möchte man seitens der Regierung lieber nicht wissen. Die Kosten für eine zentrale Übernahme der bisher durch die Schulträger erfolgten IT-Ausstattung der Schulen für das digitale Lernen und deren Bewirtschaftung konnten in der Beantwortung der Großen Anfrage nicht ermittelt werden. Zweitens dauert es lange und führt drittens dazu, dass Ausstattung und Bedingungen vom Zufall des Wohnortes abhängen. Im Rahmen einer Schulabfrage haben 29 Schulen erklärt, dass für ihre Schülerinnen und Schüler die Pflicht zur Anschaffung digitaler Endgeräte bestehe. Die Kosten belaufen sich dafür auf durchschnittlich 407 Euro. Das ist weit entfernt von der einst vollmundigen Ankündigung von Daniel Günther, der Laptops für alle Schülerinnen und

Schüler versprach. Im Rahmen derselben Abfrage haben 22 Schulen erklärt, dass sie von ihren Schülerinnen und Schülern im Rahmen des digitalen Lernens die Nutzung kostenpflichtiger Angebote verlangen. Welche Angebote und zu welchem Preis? Das sind naheliegende Fragen, die sich die Landesregierung lieber nicht stellt

Drittens: Das Milliardenproblem beim Schulbau.

Die für das Schulbau- und Schulsanierungsprogramm IMPULS 2030 II von den kommunalen Schulträgern anmeldeten Vorhaben hatten ein Gesamtvolumen von rund 1,06 Mrd. Euro. Zur Verfügung standen 120 Millionen Euro, viele Schulträger haben wegen der offensichtlichen Überzeichnung von vornherein darauf verzichtet, Vorhaben zu melden. Der Bedarf wird umso größer, wenn wir mehr als zusätzliche Klassenräume, dichte Dächer und sanierte Toiletten wollen. Der Wechsel von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft bringt neue Herausforderungen für die Schulen mit sich. Schulen entwickeln sich zu Ganztagsschulen, die Inklusion bringt neue Verantwortung für alle Schülerinnen und Schüler mit sich, die Digitalisierung erweitert die Möglichkeiten. Auch das müsste sich in Schulbauprogrammen abbilden. Müsste..."

---

Arbeitszeitgesetz

## Eine Erhöhung der Arbeitszeiten wird es mit der SPD nicht geben!

Unter dem Deckmantel, das Arbeitsgesetz zeitgemäß weiterzuentwickeln, hat die FDP beantragt, die tägliche Arbeitszeit auf 13 Stunden zu erhöhen. Das wird es mit uns nicht geben! Dazu erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Das Argument, die Arbeitnehmer\*innen wünschen sich eine flexiblere Arbeitszeit, ist zwar richtig, allerding gibt es auch von vielen den Wunsch, die Wochenarbeitszeit zu verringern. Insbesondere Familien wünschen sich weniger Wochenarbeitszeit, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können.

*„Bereits nach neun Stunden Arbeit steigt das Unfallrisiko enorm!“*

Wir haben früher den Oldie Schwoof veranstaltet. Das, was die FDP hier vorschlägt, ist ein alter Schlager – aber nicht jeder Schlager eignet sich für ein Remake. Bereits jetzt schon können moderne Arbeitsformen in Tarifverträgen mit den konditionierten Öffnungsklauseln geregelt werden. Daher braucht es unserer Auffassung nach hier keine weiteren Gesetzesänderungen. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat in Untersuchungen sehr deutlich festgestellt, dass bereits nach neun Stunden Arbeit das Unfallrisiko enorm steigt. Die Krankenkassen melden, dass immer mehr Beschäftigte seelisch erschöpft sind. Wer Fachkräfte halten will, braucht bessere Arbeitsbedingungen und keine Verschlechterungen. Das Argument, dass es im europäischen Ausland möglich ist, flexibler zu arbeiten, ist auch so ein Scheinargument. Bereits jetzt schon sind wir Europameister in Überstunden. Wir Deutschen arbeiten im Vergleich sehr viel mehr und nicht weniger als unsere europäischen Nachbar\*innen.



Anstatt mit alten Schlagern immer wieder die alten Platten zu spielen, sollten wir lieber daran arbeiten, die Arbeitsbedingungen und den Arbeitsschutz zu verbessern. - Die werktägliche Arbeitszeit auf 13 Stunden zu erhöhen, gehört allerdings mit Sicherheit nicht dazu! Vielleicht sollte die FDP am Montag gut zu hören, was die Forderungen der Beschäftigten sind, dann bräuchte sie auch nicht solche Anträge im Landtag zu stellen.“

---

Künstliche Intelligenz

# Wir brauchen ein Update für unseren Umgang mit KI

ChatGPT ist derzeit in aller Munde. Überall in den Medien und Sozialen Netzen lässt sich zu diesem Thema etwas finden. Es handelt sich hierbei um eine Künstliche Intelligenz, welche durch ihre Fähigkeiten den Tech-Sektor nahezu revolutioniert. Auch wir als SPD-Fraktion in SH verfolgen diese Themen und habe es uns zum Anlass genommen, mit der Hilfe von ChatGPT einen Antrag (Drs. 20/827) zu verfassen, der auf die Auseinandersetzung der Landesregierung mit Künstlicher Intelligenz abzielt. Dazu erklärt unser Fraktionsvorsitzender, Thomas Losse-Müller:

„Warum haben wir einen Antrag gestellt der von autogenerativer Künstlicher Intelligenz geschrieben wurde? Weil es geht. Und das ist der eigentliche Punkt. In den letzten Wochen hat KI so ziemlich alles gemacht, was man sich vorstellen kann: wir haben Reden in der Hamburger Bürgerschaft erlebt, Hausarbeiten und Aufsätze an Unis und Schulen, KI hat am Datenschutzbericht unserer Landesdatenschutzbeauftragten mitgeschrieben. Und dabei hat die neueste Generation von KI bewiesen, wie krass leistungsfähig sie ist. GPT-4 hat das anspruchsvolle amerikanische Rechtsanwaltsexamen unter den besten 10% bestanden und die theoretische Prüfung als Weinsommelier abgelegt.

*„Es wäre falsch, die Chancen Künstlicher Intelligenz nicht zu nutzen. Es wäre genauso falsch die Risiken zu unterschätzen!“*



Wir erleben gerade live, wie eine historisch einzigartige Technologie die Marktreife erreicht. Und es ist eine sehr wirkmächtige Technologie, die unser Leben verändern wird. Zum Guten und zum Schlechten. Wir brauchen eine ausführliche öffentliche Debatte über die gesellschaftliche und politische Bedeutung von KI. Deshalb bin ich Ihnen allen sehr dankbar für Ihre Offenheit, das hier und in dieser Art zu tun.

Ich will ausdrücklich anerkennen, dass die Landesregierung mit ihrer KI-Strategie in diesem Thema sehr engagiert ist und schon unter Jamaika führend unter den Bundesländern war. Es war richtig, dass früh in das Thema investiert wurde und die Landesregierung den Schulterschluss mit unseren Partner\*innen in den Nordländern sucht. In den digitalpolitischen Foren und Fachdebatten diskutieren wir schon seit Jahren intensiv über Chancen und Risiken von KI. Und trotzdem hat uns alle die Geschwindigkeit der Entwicklung überrascht. KI schien eine weitentfernte Möglichkeit, auf die wir uns in Ruhe mit Weißbüchern in Brüssel und Digitalstrategien vorbereiten konnten. Jetzt sind wir mitten drin. Und wir müssen jetzt viele neue drängende Fragen beantworten. Die Frage, ob Chancen oder Risiken dieser Entwicklung überwiegen, ist im Kerne eine Frage der politischen Gestaltung. Dazu zwei Theisen:

Erstens: Die Tatsache, dass KI einen ordentlichen Landtagsantrag schreiben kann und juristische Examens bestehen, läutet endgültig die nächste Phase der Automatisierung ein. Das, was die Kolleginnen und Kollegen in den Fabriken, an den Werkbänken und Fertigungslinien schon seit den 70er Jahren erleben, wird nun in die Bürogebäude einziehen. KI ermöglicht nicht nur die Automatisierung von Routinearbeiten, sondern auch Wissensarbeit. Immer dann, wenn die Arbeitsleistung darin besteht, vorhandenes Wissen zu suchen und für einen bestimmten Zweck oder eine bestimmte Fragestellung aufzubereiten, kommt jetzt KI ins Spiel. Wir stehen damit vor einem neuen Strukturwandel, der nicht zu einem Strukturbruch werden darf. Das sind wir den Beschäftigten schuldig. KI muss eine Chance für alle sein und nicht nur für wenige!

Zweitens: Müssen wir angesichts des Fachkräftemangels und der immer weiter wachsenden Aufgaben die Potentiale der KI für einen leistungsfähigen Staat nutzen. Wenn wir den Wohngeldantrag und den Angelscheinantrag automatisieren können, dann müssen wir das tun. Da haben wir das gleiche Ziel und ich kann nur anbieten, dass wir daran gemeinsam arbeiten.

Es wäre falsch, die Chancen Künstlicher Intelligenz nicht zu nutzen. Es wäre genauso falsch die Risiken zu unterschätzen. Wir müssen als Parlament das Selbstbewusstsein und die Zuversicht haben, dass wir Chancen und Risiken unterscheiden können. Gute Technologiepolitik gestaltet die Rahmenbedingungen so, dass die Chancen genutzt und die Risiken minimiert werden. Das gilt für jede Technologie. Aber eins unterscheidet KI von anderen Technologien: Wir wissen, warum ein Taschenrechner aus  $2 + 2 = 4$  macht. Wir verstehen, wie die biotechnologische Genschere CRISPR Gene verschiebt. Wir wissen, warum Kernspaltung ihre gefährliche Kraft entfaltet. Aber wir wissen nicht, warum ChatGPT und Writesonic genau diesen Text, den wir hier heute beraten, geschrieben haben. Künstliche Intelligenz entsteht durch Training an großen Datenmengen, die in neuronalen Netzen Verbindungen zwischen Daten knüpfen. Genauso wie das in unseren eigenen Gehirnen passiert. Aber niemand – auch nicht die Schöpfer dieser Modelle – wissen, welche Verbindungen das Modell geknüpft hat, wie die Daten verarbeitet worden sind. Wir wissen nicht, warum KI ein bestimmtes Ergebnis hervorbringt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir niemals die Kontrolle über den Output der KI verlieren.“



#### Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein  
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger  
Layout: Dejan Petrovic

Postfach 7121, 24171 Kiel